

C Vertragsbedingungen

Zwischen der

Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, vertreten durch den Vorstand Herrn Boris Berner, Dienstsitz Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich

und – nachfolgend als „Auftraggeber“ bezeichnet –

...

– nachfolgend als „Auftragnehmer“ bezeichnet –

wird hiermit folgende vertragliche Vereinbarung über die Konzeption und Durchführung von Dienstleistungen („Employee Assistance Program“; Vergabe-Nr.: 19-PROARBEIT-25) geschlossen:

Vorbemerkung:

Die in dem Vertrag enthaltenen Angaben beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die männliche als auch auf die weibliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand des Vertrages ist der Abruf und die Durchführung der oben bezeichneten Dienstleistung.

(2) Inhalt und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen bestimmen sich nach den in § 2 bezeichneten Vertragsbestandteilen.

(3) Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch darauf, dass die Vergabe weiterer oder vergleichbarer Maßnahmen, die Gegenstand dieses Vertrages sind oder die gleiche Rechtsgrundlage haben, an andere Auftragnehmer unterbleibt.

§ 2 Vertragsbestandteile

(1) Als Vertragsbestandteile gelten in der nachstehenden Rangfolge:

1. die Bedingungen und Vereinbarungen dieses Vertrages,
2. die Leistungsbeschreibung zu diesem Vergabeverfahren 19-PROARBEIT-25,
3. das Angebot des Auftragnehmers (Angebotsschreiben, Leistungsverzeichnis) auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung zum vorgenannten Vergabeverfahren einschließlich der hierzu eingereichten Erklärungen und der konzeptionellen Ausführungen,
4. die „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B),
5. im Übrigen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

(2) Etwaige Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

§ 3 Vertragslaufzeit, Durchführung des Vertrages

(1) Der Vertragszeitraum beginnt am 01.01.2020 und endet am 31.12.2020, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Der Vertragszeitraum verlängert sich um weitere zwölf Monate, mithin um den Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 (Optionszeitraum), wenn der Auftraggeber die Verlängerung bis spätestens zum 31.10.2020 gegenüber dem Auftragnehmer erklärt. Ein rechtlicher Anspruch des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber auf Verlängerung besteht nicht. Im Falle einer Verlängerung sind vom Auftragnehmer während der Verlängerung des Vertragszeitraums grundsätzlich dieselben Leistungen (gleicher Leistungsgegenstand, gleiche Vergütung, gleiche Obliegenheiten und Pflichten) wie vereinbart zu erbringen.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine vertraglich geschuldeten Leistungen innerhalb des Vertragszeitraums unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt innerhalb der vereinbarten Fristen zu erbringen. Der Auftragnehmer hat bei der Durchführung des Vertrages die gesetzlichen Vorschriften zu beachten.

(3) Der Auftragnehmer hat seine vertraglich geschuldeten Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Schadensersatzansprüchen Dritter jeder Art frei, sofern die Ansprüche auf ein schuldhaftes Verhalten des Auftraggebers im Zusammenhang mit der Beauftragung und Durchführung dieses Vertrages zurückzuführen sind.

(4) Ist der Auftragnehmer aus Gründen, die in seinem Einflussbereich liegen, gehindert, die vereinbarten Beratungen (insbesondere die vorzuhaltenden Online- oder Telefon-Beratungsleistungen) einzuhalten, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen. Der Auftraggeber ist in dringenden Fällen verpflichtet, im Falle der Verhinderung auf seine Kosten einen angemessenen Ersatz zu stellen. Als angemessen gilt eine Ersatzperson nur, wenn der Auftraggeber insoweit zugestimmt hat.

§ 4 Verwendete Unterlagen

(1) Die Konzeption und Durchführung der Beratungsleistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung obliegt dem Auftragnehmer.

(2) Der Auftragnehmer hat nach Zuschlagserteilung ein mit dem Auftraggeber abgestimmtes Informationsblatt zum Inhalt der Dienstleistungen (z. B. in Form eines Flyers) zur Verteilung an die Beschäftigten zu erstellen. Darin sollen die wichtigsten inhaltlichen Informationen sowie die Kontaktdaten enthalten sein. Auf dem Informationsblatt hat das Logo des Auftraggebers zu erscheinen. Das Logo wird dem Auftragnehmer vom Auftraggeber in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

(3) Der Auftragnehmer kann nach Einwilligung (vorherige Zustimmung) des Auftraggebers eigene Unterlagen zur Information über die Beratungsleistung verwenden. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er an sämtlichen verwendeten Unterlagen die diesem Vertragsgegenstand entsprechenden Rechte besitzt und insofern insbesondere zur Weitergabe von Unterlagen an den Auftraggeber oder den jeweiligen Beschäftigten berechtigt ist.

(4) Sofern im Rahmen der Leistungserbringung weitere Unterlagen vom Auftragnehmer zu liefern sind, sind diese in kopierfähiger Qualität zur Verfügung zu stellen. Das Kopieren der Unterlagen wird bei Bedarf durch den Auftraggeber vorgenommen. Das Eigentum an den Unterlagen geht auf den Auftraggeber über. Eine gesonderte Vergütung für die Überlassung der verwendeten Unterlagen kann nicht gefordert werden.

§ 5 Vergütung

(1) Die Leistungen des Auftragnehmers sind auf der Grundlage des Angebotsschreibens und des Leistungsverzeichnisses in Höhe der vereinbarten monatlichen Kostenpauschale pro beschäftigter Person / Mitarbeiter zu vergüten. Mit der vereinbarten Vergütung sind alle Leistungen abgegolten, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Vertrages erforderlich sind. Erhöhungen der Vergütung während des gesamten Vertragszeitraums (einschließlich des Optionszeitraums) sind ausgeschlossen.

(2) Sofern die Leistung der Umsatzsteuerpflicht unterliegt, beinhaltet die Vergütung den Umsatzsteuersatz. Entfällt die Umsatzsteuerpflicht ganz oder teilweise nach Angebotsabgabe des Auftragnehmers, hat der Auftraggeber einen Anspruch auf Anpassung des im Angebotsschreiben ausgewiesenen Festpreises. Über den ganzen oder teilweisen Wegfall der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren. Im Falle einer nicht bestehenden Umsatzsteuerpflicht ist der Auftraggeber gehalten, keine Umsatzsteueranteile an der Vergütung des Auftragnehmers zu übernehmen. Sofern eine solche Umsatzsteuer gleichwohl ausgewiesen wird, besteht ein Vergütungsanspruch des Auftragnehmers lediglich in Höhe des Nettobetrages. Hat der Auftraggeber bereits Umsatzsteuer an den Auftragnehmer entrichtet, obwohl er hierzu nicht verpflichtet gewesen ist, kann der Auftraggeber die Rückerstattung bereits bezahlter Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt des Beginns der Umsatzsteuerbefreiung vom Auftragnehmer verlangen.

(3) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

§ 6 Rechnungslegung

(1) Der Auftragnehmer erstellt monatliche Rechnungen. Der Auftraggeber behält sich aus haushalts- und zuwendungsrechtlichen Gründen vor, weitere Vorgaben zur näheren „Aufschlüsselung“ der Kosten bzw. der Rechnungspositionen zu machen.

(2) Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin ordnungsgemäß erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Vergütung ist vom Auftragnehmer zurückzuerstatten. Der Rückerstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Rückerstattung in Verzug, so ist der Erstattungsbetrag mit 8 Prozentpunkten über dem geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verzinsen.

(3) Für die Geltendmachung sämtlicher Vergütungs- und Erstattungsansprüche gilt eine Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Beendigung des Vertragszeitraums, sofern in diesem Vertrag nicht etwas Anderes geregelt ist. Hinsichtlich der Ausschlussfristen ist zwischen der Beendigung der jeweiligen Maßnahme im Vertragszeitraum und dem Ende des Optionszeitraums zu unterscheiden. Abrechnungen und Nachweise sind dem Auftraggeber daher spätestens bis zum Ablauf der jeweiligen Ausschlussfrist prüfbar vorzulegen. Andernfalls ist eine Vergütung bzw. Erstattung ausgeschlossen.

§ 7

Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit dem Auftraggeber zusammenzuarbeiten, insbesondere über alle wesentlichen Vorgänge zu informieren und sämtliche in diesem Zusammenhang relevanten Unterlagen (Nachweise) unverzüglich zu übersenden.

§ 8

Berichtswesen

(1) Der Auftragnehmer hat vierteljährliche Berichte zu erstellen. Nach Ablauf des Vertragszeitraums (bzw. im Falle der Verlängerung des Vertragszeitraums nach Ablauf von jeweils zwölf Monaten) hat der Auftragnehmer zudem einen zusammenfassenden Abschlussbericht über den Gesamtverlauf zu erstellen. Die vierteljährlichen Berichte und der Abschlussbericht sind innerhalb eines Monats nach Ablauf des Quartals bzw. des Vertragszeitraumes in anonymisierter Form an den Auftraggeber zu übersenden (Bereich Personal). Angaben über einzelne Beschäftigte oder Angaben, die einen Rückschluss auf einzelne oder mehrere Beschäftigte zulassen, sind nicht zulässig. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Berichtspflichten des Auftragnehmers die ordnungsgemäße bzw. vertragsgemäße Durchführung der vereinbarten Leistungen betreffen, nicht hingegen Auskünfte über einzelne Beratungen. Die vierteljährlichen Berichte und der Abschlussbericht sind in anonymisierter Form an den Auftraggeber zu übersenden (Bereich Personal).

(2) Die vierteljährlichen Berichte und der Abschlussbericht müssen insbesondere Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:

- Anzahl der Beratungsfälle,
- Beratungsanlässe.

(3) Der Auftragnehmer hat darüber hinaus alle Nachweis-, Berichts- und Monitoring-Anforderungen, die im Rahmen des Hessischen Arbeitsmarktbudgets entstehen, umzusetzen und dem Auftraggeber fristgerecht einzureichen.

(4) Der Auftraggeber behält sich vor, zum Zweck des Berichtswesens Formulare zu entwickeln bzw. zu ändern oder die Entwicklung neuer spezifischer Formulare/Dokumente dem Auftragnehmer zu übertragen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, diese Formulare zu verwenden. Nicht verwendete oder lückenhaft oder nicht vollständig ausgefüllte Formulare in diesem Sinne bzw. nicht oder mit wesentlicher Zeitverzögerung eingereichte Berichte gelten als Pflichtverletzung des Auftragnehmers.

§ 9

Pflichtverletzung durch den Auftragnehmer

(1) Verstößt der Auftragnehmer, gleich aus welchen Gründen, schuldhaft gegen seine vertraglichen Pflichten (insbesondere gegen seine Pflichten aufgrund der Leistungsbeschreibung) oder erfüllt er diese nicht in gehöriger, insbesondere branchenüblicher Weise, so kann der Auftraggeber

- a) für jede Pflichtverletzung die Vergütung unter Berücksichtigung der begangenen Pflichtverletzung angemessen herabsetzen oder
- b) für jede erhebliche Pflichtverletzung eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 5% des Auftragswertes dieses Vertrages verlangen.

Eine erhebliche Pflichtverletzung ist/sind insbesondere

- die Nichtvorhaltung von Personal im geforderten bzw. vereinbarten Umfang,
- die fehlende fachliche Qualifikation des eingesetzten Personals (Verstoß gegen die Anforderungen in der Leistungsbeschreibung),
- der ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers erfolgte Einsatz eines Sub-/ Nachunternehmers,
- die unterlassene oder nicht unverzüglich durchgeführte (verspätete) Anzeige einer Neubesetzung bzw. des Wechsels eines Sub-/Nachunternehmers,
- nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht vollständig vorgelegte Berichte an den Auftraggeber bzw. eine vergleichbare fehlende bzw. mangelhafte Dokumentation (z. B. Verstoß gegen § 8 dieser Vereinbarung).

(2) Die Höchstgrenze für sämtliche Vertragsstrafen nach diesem Vertrag beträgt 5% des Auftragswertes dieses Vertrages. Der Auftragswert dieses Vertrages richtet sich nach dem Wert des Preisblattes. Entrichtet der Auftraggeber für eine Leistung einen Umsatzsteuerbetrag an den Auftragnehmer, gilt der Bruttopreis als Auftragswert.

(3) Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf solche Schadensansprüche angerechnet, soweit diese auf derselben Pflichtverletzung beruhen.

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, aufzurechnen. Im Falle der Aufrechnung wird der Auftragnehmer hiervon schriftlich benachrichtigt.

§ 10

Kündigungsrechte des Auftraggebers, „Scientology“-Klausel

(1) Der Auftraggeber ist berechtigt, im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Auftragnehmer den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere

- ein Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Pflicht zur vertraulichen Behandlung persönlicher Inhalte (Schweigepflicht),
- ein Verstoß des Auftragnehmers gegen die Datenschutzbestimmungen (vgl. auch § 11 Abs. 6 dieses Vertrages),
- einer der in § 31 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 123 Abs. 1 bis Abs. 4 GWB oder § 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 (3. und 4. Halbsatz), Nr. 3 bis Nr. 9 Buchstabe c) GWB genannten Tatbestände,
- einer der in § 8 Nr. 1 und Nr. 2 VOL/B genannten Tatbestände,
- eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieses Vertrages und/oder seiner Bestandteile.

(2) Für den Fall, dass der Auftragnehmer trotz Mahnung seinen vertraglichen Pflichten innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt, kann der Auftraggeber ebenfalls mit sofortiger Wirkung kündigen.

(3) Ändern sich die für die Maßnahme maßgeblichen gesetzlichen, haushalts- oder zuwendungsrechtlichen Bestimmungen, kann der Auftraggeber mit einer Frist von sechs Wochen zu dem Inkrafttreten der (Rechts-) Änderung folgenden Quartalsende diesen Vertrag kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wegen Nichteinhaltung des Vertrages bleibt davon unberührt.

(4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bzw. stellt sicher, dass weder er noch seine Beschäftigten noch gegebenenfalls von ihm beauftragte Dritte bei der Erfüllung der Beauftragung die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden bzw. verbreiten. Bei einem Verstoß ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

§ 11

Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten. Insbesondere darf der Auftragnehmer übermittelte oder erhobene Daten der Beschäftigten nur mit deren Einwilligung oder zur Erfüllung der in diesem Vertrag genannten Pflichten verarbeiten. Jede Verwendung dieser Daten zu anderen, insbesondere gewerblichen Zwecken ist unzulässig.

Abgesehen von etwaigen Informationsmaterialien (mit Zustimmung des Auftraggebers, vgl. § 4 dieses Vertrages) ist die Weitergabe oder Versendung von Broschüren, Seminarkatalogen, Werbematerial oder sonstigen Schreiben an die Beschäftigten, auch nach Ablauf des Vertragszeitraums nicht zulässig. Der Auftragnehmer sichert zu, die verarbeiteten und erhobenen Daten von seinem sonstigen Datenbestand zu trennen.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftrag sowie sämtliche ihm hierdurch zur Kenntnis gelangten internen Angelegenheiten, Unterlagen und Informationen sowie sonstige Betriebs- und Geschäftsangelegenheiten des Auftraggebers auch nach Beendigung dieses Vertrages vertraulich zu behandeln.

(3) Der Auftragnehmer hat ferner die mit der Ausführung beauftragten Personen gemäß Art. 32 Abs. 4 DSGVO auf die Wahrung der Vertraulichkeit zu verpflichten, dies gilt auch für freie Mitarbeiter. Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der folgenden Absätze auch selbst zur Einhaltung der Regelungen des Art. 32 DSGVO verpflichtet. Die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen ist vom Auftragnehmer zu prüfen und zu kontrollieren.

(4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutze von personenbezogenen Daten zu treffen (Art. 32 Abs. 1 DSGVO). Hierzu zählen insbesondere folgende Maßnahmen und Vorkehrungen:

- Der Auftragnehmer darf personenbezogene Daten und Sozialdaten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Der Auftragnehmer hat personenbezogene Daten und Sozialdaten zu berichtigen, in der Verarbeitung einzuschränken oder zu löschen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.
- Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit Unbefugten der Zutritt zu seinen Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet oder genutzt werden, verwehrt ist (Zutrittskontrolle).
- Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit seine Datenverarbeitungssysteme einschließlich der PC-Arbeitsplätze nicht von Unbefugten betreten oder genutzt werden können (Zugangskontrolle).
- Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die zur Benutzung seiner Datenverarbeitungssysteme berechtigten Personen ausschließlich auf diejenigen Daten zugreifen können, die ihrer jeweiligen sachlichen und fachlichen Zugriffsberechtigung unterliegen. Personenbezogene Daten dürfen bei der Verarbeitung, Nutzung und nach der Speicherung nicht unbefugt gelesen, verändert oder entfernt werden können (Zugriffskontrolle).
- Der Auftragnehmer gewährleistet, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträgern nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können und dass geprüft und festgestellt werden kann, an welche Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist (Weitergabekontrolle).

- Der Auftragnehmer ist in der Lage, zu überprüfen und festzustellen, ob und von wem personenbezogene Daten und/oder Sozialdaten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind (Eingabekontrolle).
- Der Auftragnehmer stellt sicher, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können (Auftragskontrolle).
- Der Auftragnehmer gewährleistet, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung und Verlust geschützt sind (Verfügbarkeitskontrolle).
- Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich (innerhalb von 48 Stunden) über Datenschutzverstöße, die bei ihm selbst oder bei seinen Nachauftragnehmern/Subunternehmern eingetreten sind, zu informieren (Art. 33 DSGVO). Datenschutzverstöße liegen auch vor, soweit personenbezogene Daten oder Sozialdaten unrechtmäßig übermittelt wurden oder auf sonstige Weise Dritten unrechtmäßig zur Kenntnis gelangt sind (z. B. durch Diebstahl von Hardware, Verlust eines Datenträgers).
- Soweit der Auftragnehmer die Voraussetzungen des § 38 BDSG erfüllt, ist ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter zu bestellen; die Kontaktdaten sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

(5) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber sowie Aufsichts- und Prüfbehörden des Auftraggebers das Recht ein, Auskünfte bei ihm einzuholen, während der Betriebs- und Geschäftszeiten seine Grundstücke oder Geschäftsräume zu betreten und dort Besichtigungen und Prüfungen vorzunehmen und geschäftliche Unterlagen und Datenverarbeitungsprogramme einzusehen, soweit dies im Rahmen der Vereinbarung für die Überwachung des Datenschutzes erforderlich ist.

(6) Zuwiderhandlungen berechtigen den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund (vgl. § 10 des Vertrages). Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber hinsichtlich vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Datenschutzverstöße von allen Ansprüchen Dritter frei.

§ 12

Rücktritt und Antikorruptionsklausel

(1) Ausschlussgründe im Sinne von § 123 Abs. 1 bis Abs. 4 GWB berechtigen den Auftraggeber zum Rücktritt vom Vertrag.

(2) Ein Rücktrittsgrund ist ferner die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.

(3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die dem Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 13

Informationspflichten und Prüfrecht

Der Auftraggeber sowie Aufsichts- und Prüfbehörden des Auftraggebers haben das Recht, den ordnungsgemäßen Ablauf und die Einhaltung des Vertrages durch Prüfungen zu überwachen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Vertretern des Auftraggebers sowie Aufsichts- und Prüfbehörden des Auftraggebers (einschließlich des Zuwendungsgebers und den vom Zuwendungsgeber beauftragten Personen) alle zur Qualitäts- und Güteprüfung erforderlichen Auskünfte unverzüglich zu erteilen, unverzüglich Einsicht in alle die Maßnahme betreffenden Unterlagen zu gewähren und während der Geschäftszeiten den Zutritt zu Grundstücken, Geschäfts- bzw. Beratungsräumen uneingeschränkt zu gestatten.

§ 14

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Nutzung des geschützten Logos und Namens des Auftraggebers sowie für Dritte bestimmte Informationen und Berichte rechtzeitig vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen. Die Verwendung des Logos oder des Namens des Auftraggebers zu werbe- oder öffentlichkeitswirksamen Zwecken, auch in Broschüren, auf Internetseiten o. ä. bedarf stets der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

§ 15

Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel

(1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines von den Parteien unterzeichneten Nachtrags.

(2) Sollte eine Bestimmung des Vertrages ungültig sein, so betrifft dies nicht den Vertrag als Ganzes, sondern nur die betreffende Bestimmung. In einem solchen Fall ist der Vertrag seinem Sinn und Zweck entsprechend auszulegen, wobei maßgebend ist, was die Parteien vereinbart hätten, wenn ihnen die Ungültigkeit einer Vertragsbestimmung bekannt gewesen wäre.

§ 16 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag – soweit zulässig – befindet sich am Sitz des Auftraggebers. Es gilt deutsches Recht.

Schlussbestimmungen

Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jeweils eine Ausfertigung ist für den Auftraggeber und den Auftragnehmer bestimmt.

(Ort, Datum)

(Ort, Datum)

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)